



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Pressemitteilung

Hamm / Lüneburg, 11.06.2010

Gentechnikmais – Bauern stellen Strafanzeige **Recht auf gentechnikfreie Erzeugung erfordert Nulltoleranz**

Hamm/Lüneburg, den 11.6.10. Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist das Maß voll: „Niemand will die Verantwortung für den Gentechnikmais-Skandal übernehmen und am Schluss sollen wir Bauern den Schwarzen Peter behalten und auf dem Schaden sitzen bleiben? Mit uns nicht! Deshalb stellen wir heute Strafanzeige gegen Unbekannt, um Licht in den Tunnel des Schweigens, der Verzögerung, der Schlamperei und der Vertuschung zu bringen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL in einer Stellungnahme. Der AbL-Bundesvorstand und die jeweiligen AbL-Landesvorsitzenden der belieferten Bundesländer haben die Strafanzeige auf den Weg gebracht. Das rechtliche Vorgehen wird von der Interessengemeinschaft Nachbau und vom Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg unterstützt.

Janßen weiter: „Der neue Gentechnikmais-Skandal ist nicht vom Himmel gefallen. Viele Bauern haben die Sorge, dass er Teil einer systematischen Verunreinigungsstrategie der Gentechnikkonzerne ist. Bauern und Verbraucher sollen sich an zunehmende Verunreinigungen gewöhnen, und dann sagen die Konzerne in wenigen Jahren, dass nun schon in vielen Regionen gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen und eine Trennung leider nicht mehr möglich ist. Mit einer solchen Strategie werden sie nicht durchkommen. Bauern und Verbraucher wollen keine Risikotechnologie auf den Äckern, sie wollen eine gesunde Lebensmittelerzeugung.“

„Die Rechtslage ist völlig klar. Der jetzt in Spuren gefundene Gentechnikmais NK 603 ist in Europa nicht zum Anbau zugelassen, er darf also nicht im Saatgut auftauchen und es gilt Nulltoleranz. Deshalb dürfen die gentechnisch veränderten Maispflanzen auch nicht auf deutschen Äckern blühen und wachsen, die Äcker sind umzupflügen und die betroffenen Bauern von den Verursachern voll zu entschädigen. Hierfür haben die Hersteller von Gentechnikerzeugnissen und die Politik die Verantwortung zu übernehmen. Wenn die Konzerne mit kräftiger Unterstützung einiger Politiker und Bauernverbandsvertreter jetzt Druck in Brüssel und Berlin machen und die Aufhebung der Nulltoleranzgrenze sowohl beim Saatgut als auch bei den Futtermitteln fordern, wollen sie die Wahlfreiheit und damit das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft kippen. Die Bewegung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft nimmt diese Herausforderung an und hat dabei großen Rückhalt in der Gesellschaft. Die betroffenen Bauern werden wir nicht im Regen stehen lassen, sondern ihnen gerne mit rechtlicher Beratung zur Seite stehen.“

V.i.S.d.P.: Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Geschäftsführer der IG Nachbau und Sprecher im Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Hamburg. Tel.: 04131-407757

Für die Redaktionen: Kontakt zu den Rechtsanwälten Dr. Matthias Miersch und Jens Beismann, Hannover. Tel.: 0511-228863-0